



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte** und
Fraktion (AfD)

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Erstes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Stellplatzpflicht bleibt Landesrecht!
(Drs. 19/3023)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 13 wird wie folgt geändert:

1. Nr. 2 wird aufgehoben.
2. Die bisherigen Nrn. 3 und 4 werden die Nrn. 2 und 3.

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung „Erstes Modernisierungsgesetz Bayern“ bleibt hinter den Erwartungen einer umfassenden Deregulierung, Digitalisierung und Modernisierung weit zurück. Der Gesetzentwurf vernachlässigt die Notwendigkeit, Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, was gegen die Forderung der AfD nach mehr Bürgerbeteiligung steht. Die geplanten Maßnahmen berücksichtigen nur unzureichend die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen, die das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft bilden. Obwohl Digitalisierung als Ziel benannt ist, fehlen Detailpläne für konkrete Umsetzungen, insbesondere im ländlichen Raum, der oft von Infrastrukturdefiziten betroffen ist. Zudem fehlt es an klaren Regelungen, wie Transparenz innerhalb der Verwaltung erhöht werden kann, um das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen zu stärken.

Für die AfD gehen die vorgeschlagenen Maßnahmen insgesamt nicht weit genug, um die Verwaltungsprozesse wirklich zu schlanken und bürgerfreundlichen Verfahren zu reformieren. Wesentliche Anliegen der Bürger und lokale Wirtschaftsbedarfe werden nicht ausreichend berücksichtigt. Wir sehen daher eine tiefgreifende Überarbeitung, wenn nicht gar eine Neufassung des Gesetzentwurfs als notwendig an.

Sollten die anderen Fraktionen dem Gesetzentwurf der Staatsregierung, der Modernisierung und Digitalisierung vortäuscht, mit all seinen redaktionellen und überwiegend oberflächlichen Änderungen zustimmen, so ist stattdessen festzuhalten: Das Landesrecht der Stellplatzpflicht soll mit § 13 Nr. 2 zugunsten kommunaler Entscheidungen zurückgenommen werden. Dies kommt einem trojanischen Pferd gleich.

Einerseits soll die Stellplatzpflicht abgeschafft und den Kommunen überlassen werden, andererseits möchte der Landesgesetzgeber weiterhin einen Stellplatzschlüssel vorgeben. Bevor die Büchse der Pandora geöffnet wird, sollte zumindest diese fragwürdige Kongruenz geklärt werden.